

Jürgen Heinrichs

Familienplanung – Beitrag zur Emanzipation oder Instrument der politischen Kontrolle?

1. Konzept und Formen der Familienplanung

Im Begriff der Familienplanung sind die vielgestaltigen Anstrengungen zusammengefaßt, mit planmäßig eingesetzten Mitteln die Zahl und den Zeitpunkt der Geburt von Kindern zu bestimmen. Trotz der Bezeichnung „Familienplanung“ ist diese nicht an die rechtlich verfaßte (durch Heirat begründete) Institution der Familie gebunden. Es geht vielmehr ganz allgemein um die Entscheidung von Individuen über ihr eigenes Reproduktionsverhalten. Daher werden auch für die Bezeichnung dieses Sachverhaltes eine Reihe unterschiedlicher Termini – synonym oder mit geringen oder größeren Abweichungen in dem ihnen zugeschriebenen Bedeutungsgehalt – verwendet, beispielsweise: Fruchtbarkeitsplanung, Geburtenkontrolle, geplante Elternschaft, verantwortliche Elternschaft.¹

Familienplanung und deren Methoden erscheinen uns heute als ein Produkt der modernen abendländischen Zivilisation. Die bekanntesten und effektivsten Mittel beruhen auf Entwicklungen der medizinischen Wissenschaft in den letzten beiden Jahrzehnten. Aber auch die zur Anwendung nötige Haltung einer rationalen Planung selbst der persönlichen Lebensumstände scheint unserer Zeit und unserem Kulturkreis eigen zu sein.

Wege und Mittel zur Beeinflussung – und meistens Begrenzung – der Zahl der Kinder sind aus allen menschlichen Gesellschaften bekannt. Während man die Mechanismen, die bei den Tieren die Fruchtbarkeit beschränken, biologische nennen kann (die sich keineswegs auf die Physiologie beschränken), werden diese beim Menschen durch soziale Mechanismen überdeckt. Damit soll nun nicht behauptet sein, familienplanerische Entscheidungen des einzelnen würden sich bewußt vorzugsweise an gesellschaftlichen Zielsetzungen orientieren. Das ist in der überwiegenden Zahl der Fälle nicht anzunehmen. Vielmehr ist in der Regel das eigene Wohlergehen und das der Familie bestimmend. Dieses Wohlergehen aber ist nur im gesellschaftlichen Kontext definiert. Der durch die jeweilige Gesellschaft sanktionierte Normenkodex bestimmt selbst dann noch das Verhalten, wenn er ausdrücklich infrage gestellt oder abgelehnt wird.

Die Geschichte der Familienplanung ist nur zu einem geringen Teil die Geschichte der empfängnisverhütenden Methoden.² Die Enthaltung vom Geschlechtsverkehr spielt historisch eine vielleicht ebenso große Rolle. Sie ist meistens erzwungen, etwa durch Heiratsregeln und Heiratsschranken, durch Ächtung (und Bestrafung) des außerehelichen Geschlechtsverkehrs und des nicht ehelich Geborenen. Die-

ser Zwang wird häufig religiös überhöht, beispielsweise im Zölibat der Geistlichen und Ordensleute. In Deutschland blieben aus diesen Gründen bis in die ersten Jahrzehnte dieses Jahrhunderts rund ein Drittel der Heiratsfähigen unverheiratet und daher meist kinderlos.

Wirkungsvoller und wichtiger als Kontrazeptiva waren lange Zeit Methoden, die erst nach der Konzeption wirksam sind. In erster Linie ist hier der artifizielle Abort („Abtreibung“) zu nennen, der häufig als eine „Volksseuche“ galt und heute noch große und wahrscheinlich zunehmende Bedeutung hat, denn das mit ihm verbundene Gesundheits- und Sterberisiko ist durch den Einsatz von Antibiotika und neuen Behandlungsmethoden stark verringert. Neben dem Abort waren und sind bis in unsere Zeit Kinderaussetzung und Kindestötung verbreitete Maßnahmen zur Verringerung der Kinderzahl. Diese Methoden unterliegen häufiger der moralischen Verurteilung und der strafrechtlichen Verfolgung als die Kontrazeptiva. Dennoch sind sie, insbesondere der Abort, in der Geschichte der Familienplanung von großer Bedeutung. Die Bemühungen, den Abort durch die Anwendung von geeigneten Kontrazeptiva überflüssig zu machen, waren lange Jahre ein Hauptmotiv der organisierten Familienplanungsarbeit; in neuerer Zeit geht aber die Tendenz dahin, den heute leichter und gefahrloser durchführbaren Abort stärker mit einzubeziehen und die strafrechtlichen Bestimmungen zu ändern, sofern sie dem entgegenstehen.³

Bei den Möglichkeiten, die Zahl der Kinder zu begrenzen, ist die Abgrenzung etwas willkürlich. So wird man im allgemeinen sicher Krankheit, Hunger und Krieg nicht ausdrücklich zu diesen Möglichkeiten rechnen wollen, obwohl vielerorts dadurch die Zahl der Kinder am wirkungsvollsten begrenzt wird. Aber sie unterliegen im allgemeinen nicht einem Entscheidungsprozeß bei den Eltern oder innerhalb des betroffenen Familienverbandes. Hingegen muß die Kindestötung oder Aussetzung auf jeden Fall zu einer vollständigen Aufzählung gehören, denn sie wurde und wird in vielen Gesellschaften als eine Methode zur Begrenzung des Nachwuchses akzeptiert.

Familienplanung meint jedoch nicht nur die Begrenzung der Zahl der Kinder und Bestimmung des Zeitpunktes von Geburten, sondern auch die Überwindung von Unfruchtbarkeit (Infertilität) und niedriger Fruchtbarkeit (Subfertilität) oder deren Folgen. Die physiologisch bedingte Unfruchtbarkeit läßt sich in vielen Fällen beheben. Auch gibt es die Möglichkeit der künstlichen Besamung mit den Spermien des Ehemannes oder eines fremden Spenders. Hinzu treten psychoanalytische Behandlungsmöglichkeiten, besonders bei den verschiedenen Formen der Potenzschwäche. Auch sind die Adoption und ähnliche Formen der Übernahme nicht biologisch eigener Kinder in die Familie zu den Maßnahmen einer Familienplanung zu rechnen.

2. Die Möglichkeiten organisierter Familienplanung

2.1 *Der Bedarf*

Gibt es immer und in jeder Gesellschaft Maßnahmen zur Familienplanung, so stellt sich die Frage, wozu auf diesem Gebiet zusätzliche Anstrengungen und besondere Einrichtungen erforderlich sind. Dafür lassen sich vor allem zwei Gründe nennen:

- a) Die angewandten Maßnahmen sind nicht allgemein zugänglich, und
- b) sie lassen sich durch solche mit weniger Nachteilen ersetzen.

Familienplanung strebt an, daß jedes Kind ein Wunschkind ist. Mit dieser Formel ist gemeint, daß Kinder die nötige Zuwendung und Entfaltungsmöglichkeit nur erhalten, wenn die Geburt von den Eltern begrüßt wird – sei es als Geschenk Gottes, sei es als Produkt einer eigenen Entscheidung. Wunschkinder in diesem Sinne sind aber auch dort viele Kinder nicht, wo eine breite Palette von Methoden zur Familienplanung bekannt ist. Hier setzt man sich die Aufgabe, durch Aufklärung und Beratung mit der Anwendung vertraut zu machen und Hemmnisse zu überwinden.

Für die – meist weiblichen – Pioniere⁴ der Familienplanungsbeziehung war es immer ein starkes Motiv, die Frau mehr an Entscheidungen in der Familie zu beteiligen, um so zu ihrer Emanzipation auch in der Gesellschaft beizutragen. Dabei gehörten die ärmeren, berufstätigen Frauen und Mütter zu den ersten, denen man helfen und deren Los man erleichtern wollte. Neben der Minderung der Kinderzahl wurde angestrebt, die zwischen den Geburten liegende Zeit zu verlängern, um die Belastung dauernder Schwangerschaft zu vermeiden.

Das Konzept der Familienplanung meint in seinem emphatischen Sinn einen Beitrag zum Mündigwerden des Menschen. Es will dazu beitragen, einen wesentlichen Bereich menschlicher Lebensführung und Selbstverwirklichung planerisch gestalten zu können. Diese Möglichkeit soll niemandem wegen Hilflosigkeit, Unwissenheit oder Geldmangel verwehrt sein. Auf der anderen Seite wird das Prinzip der Freiwilligkeit betont: es soll jeder selbst wählen können, ob und welche Maßnahmen der Familienplanung er akzeptiert. Die so verstandene Familienplanung wird zu den Grundrechten gezählt, die unterschiedslos allen Menschen zustehen. Daher haben die Vereinten Nationen die Familienplanung 1968 in Teheran in den Kodex der Menschenrechte aufgenommen.⁵

2.2 *Die Organisation*

Die Familienplanungsorganisationen in den verschiedenen Ländern beruhen fast ausschließlich auf privater Initiative. 1916 eröffnete Margaret Sanger in Brooklyn die erste Beratungsstelle, um notleidende Frauen vom Zwang des dauernden Gebärenmüssens zu befreien. Zugleich kämpfte sie gegen Gesetze, die den Ver-

kauf von Kontrazeptiva und entsprechende Verbreitung von Informationen unter Strafe stellten. Sie fand dabei die Unterstützung von Privatleuten und Organisationen, konnte den Widerstand der Ärzteverbände aber erst nach zwanzig Jahren brechen. In vielen Ländern gab es ähnliche Kampagnen, die meistens von Frauen angeführt wurden, die sich um Gesundheit und Wohlergehen von Müttern und Kindern sorgten. In Deutschland gab es eine ähnliche Bewegung in den zwanziger Jahren, die im „Dritten Reich“ verboten wurde.

Von Anfang an findet die Tätigkeit dieser Organisationen auf zwei Ebenen statt: Auf der einen Seite sucht man den des Rats bedürftigen einzelnen unmittelbar zu erreichen; dabei tritt neben den Rat die konkrete Unterstützung, die sich nicht nur auf das Verabreichen von Kontrazeptiva beschränkt, sondern verschiedene Gesundheitsdienste für Mutter und Kind einschließt. Auf der anderen Seite bemüht man sich, die öffentliche Meinung, die Politik und die Gesetzgebung zu beeinflussen.

In der Regel unterhalten die Familienplanungsorganisationen Beratungsstellen, die stationär (oft in Kliniken) oder mobil (um ländliche Gebiete zu erreichen) eingerichtet sind. Die Zusammenarbeit mit Behörden und Kommunen ist dazu unerlässlich, die Mitarbeit von Ärzten, Hebammen und Krankenschwestern erforderlich. Oft arbeitet man mit Religionsgemeinschaften und Gewerkschaften, mit Frauen- und Jugendorganisationen eng zusammen. Auf nationaler Ebene sucht man ebenso mit solchen Institutionen zusammen seine – schließlich sozialpolitischen – Ziele zu erreichen.

Diese privaten Familienplanungsorganisationen haben sich zusammengeschlossen in der International Planned Parenthood Federation (IPPF). Sie gliedert sich in sieben Regionen und hat Mitglieder aus achtzig Nationen. Ursprünglich zum gegenseitigen Gedankenaustausch gebildet, wird die IPPF, die 1952 in Bombay gegründet wurde und ihr Generalsekretariat in London unterhält, in den letzten Jahren mehr und mehr zu einer internationalen Entwicklungshilfeorganisation. Gelder von privaten und (zu über 80%) staatlichen Zuwendern aus westlichen Industriestaaten werden an die Mitgliedsorganisationen in unterentwickelten Regionen zur Durchführung von Familienplanungsprogrammen weitergeleitet.

Diese Entwicklung wie auch der Aufbau staatlicher, ausländisch unterstützter Familienplanungsprogramme hängen weniger mit den ursprünglichen Motiven dieser Bewegung zusammen; vielmehr ist das schnelle Wachstum der Bevölkerung in vielen Ländern der Anlaß für diese Aktivitäten. Das gibt Grund, das Verhältnis von Familienplanung und Bevölkerungsentwicklung etwas näher zu betrachten.

3. Familienplanung und Bevölkerungsentwicklung

3.1 Besteht ein Zusammenhang?

Unterwirft man in der Familienplanung die Entscheidung darüber, ob und gegebenenfalls wieviele Kinder geboren werden sollen, einem rationalen Planungsprozeß, so ist natürlicherweise die Geburtenrate eines Landes davon betroffen. Daraus läßt sich aber nicht schließen, Familienplanung könne mit dem Ziel betrieben werden, die Geburtenrate zu verändern, um dabei einen irgendwie gesetzten Sollwert zu erreichen. In der Geburtenrate schlägt sich vielmehr als eine Wirkung nieder, was aus ganz anderen Motiven angestrebt wird.

Familienplanung, die so verstanden wird, wie sie hier vorher beschrieben wurde, ist ausgerichtet am persönlichen Glück, am Wohlergehen und der Lebenserfüllung des einzelnen und der Familie. Es ist ganz unwahrscheinlich, daß dabei eine so abstrakte Größe wie die Geburtenrate eines Landes mit in Betracht gezogen werden kann. Diese Tatsache setzt allen Versuchen, mit Familienplanung das Bevölkerungswachstum zu beschränken, eine deutliche Grenze.

Diese Versuche gehören in den Bereich der Bevölkerungspolitik, die an anderer Stelle behandelt wird. Neben der Propagierung von Familienplanung hat die Bevölkerungspolitik eine Reihe weiterer Instrumente, von denen jedenfalls nicht ausgeschlossen werden kann, daß sie auf die familienplanerischen Entscheidungen einen Einfluß haben. Hierzu gehören Steuergesetzgebung und Maßnahmen zum Familienlastenausgleich ebenso wie verschiedene Formen der Prämierung des Vermehrungsverhaltens, je nach den gesetzten Zielen.

Einen größeren Einfluß auf das Verhalten und die Entscheidung des einzelnen haben vermutlich gesellschaftliche Faktoren, die nicht einer Bevölkerungspolitik zugerechnet werden können. In erster Linie sind da die Erwartungen über die wirtschaftliche Situation zu nennen. Gerade wenn es das zentrale Motiv für jede Familienplanung ist, dem Neugeborenen und der Familie eine möglichst gesicherte Existenz zu garantieren, sind die Einkommenserwartungen von besonderer Bedeutung. Daher befindet sich die Bevölkerungspolitik in vielen unterentwickelten Ländern in einem Dilemma: Während die Bevölkerung glauben soll, daß die versprochene und erwartete wirtschaftliche Entwicklung sich auch einstellt, soll sie zur gleichen Zeit einsehen, daß sie um eben dieser Entwicklung wegen weniger Kinder haben soll.

Andere gesellschaftliche Faktoren haben oft einen entscheidenden Einfluß auf die Bevölkerungsdynamik, wenn dieser auch der mannigfachen Verflechtungen wegen selten genau gemessen werden kann. Die Länge der Ausbildung beispielsweise wirkt sich auf das Heiratsalter und den Zeitpunkt der Geburt des ersten Kindes stark aus. Läßt sich die Säuglings- und Kindersterblichkeit herabsetzen, so werden nach allen Erwartungen nach einiger Zeit weniger Kinder geboren. Ist in bäuerlicher Subsistenzwirtschaft auf die Arbeitsleistung von Kindern nicht

zu verzichten, so wird man dieser Notwendigkeit Rechnung tragen. Sind Wohnungen für junge Ehepaare schwer zu haben, so werden sie sich nicht beeilen, Kinder zu bekommen.

Diese Beispiele zeigen deutlich, daß familienplanerischen Entscheidungen in die eine oder andere Richtung ein komplexes Motivbündel unterliegt, das kaum durch eindimensionale, abstrakte Zielsetzungen einer Bevölkerungspolitik beeinflußt werden kann.

3.2 Instrument zur Bevölkerungsregulierung?

Die Länder, die unter einer – von außen induzierten – Unter- und Fehlentwicklung leiden und daher – fälschlicherweise – Entwicklungsländer genannt werden, weisen im Durchschnitt ein hohes Bevölkerungswachstum auf. Dieses wurde in vorangegangenen Beiträgen (insbesondere von Mackensen und Nikolinakos) ausführlich dargestellt. Nun wird gern – in einer Verkehrung des wahren Kausalverhältnisses – die Unterentwicklung als durch das Bevölkerungswachstum verursacht angesehen. Das trifft nicht nur historisch und theoretisch nicht zu, es lassen sich auch eine Reihe von aktuellen Beispielen nennen: So weisen so unterschiedliche Länder wie Mexiko, Taiwan, Süd-Korea, Volksrepublik China, Kuba, Ägypten, Algerien wenigstens zeitweise trotz erheblichen Bevölkerungswachstums eine merkliche Entwicklung auf. Auf der anderen Seite zeigen Argentinien und eine Reihe afrikanischer Länder trotz geringen Bevölkerungszuwachses fortschreitende Unterentwicklung. Wenn man für all diese Beispiele besondere Umstände anmelden will, so gibt man damit nur zu, daß die Entwicklung nicht unmittelbar von der Rate des Bevölkerungswachstums abhängig ist.

Dennoch ist in der internationalen Diskussion, angeführt von Wissenschaftlern und Politikern aus den USA, die Bevölkerungsfrage in den letzten Jahren zunehmend wichtig geworden. Gilt Bevölkerungswachstum als verantwortlich für Unterentwicklung, so soll Familienplanung das entscheidende Instrument sein, einen Entwicklungsprozeß einzuleiten. Nach Meinung amerikanischer Politiker wie etwa Robert McNamara ist ein Dollar, der für Familienplanung ausgegeben wird, fünfmal mehr wert als ein Dollar für sonstige Entwicklungshilfe. Es kann also gespart werden, und folglich gingen in den letzten Jahren die Mittel für Entwicklungshilfe erheblich zurück. Für Familienplanung in unterentwickelten Regionen stiegen die Mittel aber stark an und werden 1973 wohl fast 200 Mio. Dollar erreichen (wovon weit über die Hälfte aus USA-Quellen stammt).

Familienplanung wird also ein Feld für größere Investitionen. Um diese richtig einzusetzen, wurden KAP-Untersuchungen (Knowledge, Attitude, and Practice of family planning) durchgeführt. Ihr wissenschaftlicher Wert ist oft zweifelhaft, ihr politischer umso wichtiger, da sie benutzt werden, Politiker und Parlamente

zu überreden, Familienplanungsprogrammen zuzustimmen. Dabei ist oft fraglich, ob sie überzeugt sind; vielmehr sind sie an einer Quelle für zusätzliche Devisen interessiert.

3.3 Politik mit der Familienplanung

Es kann gar nicht bestritten werden: die verschiedenen Begleiterscheinungen eines raschen Bevölkerungswachstums können stark entwicklungshemmend wirken. Ebenso kann man nicht bestreiten, daß Familienplanung, an sich und isoliert betrachtet, ein ungeeignetes Instrument für eine Bevölkerungsregulierung ist. Die Entscheidung, mehr oder weniger Kinder zu haben, ist im Lebensbereich des einzelnen multifaktorell determiniert. Nach allen Erfahrungen sind weder ein nationales Ziel der Bevölkerungspolitik noch die Verteilung von Kontrazeptionsmitteln noch die Vergabe von Geldprämien geeignet, diese Entscheidung merklich zu beeinflussen.

Die relativ großen Mittel, die in vielen Ländern für Familienplanung eingesetzt werden, können dennoch einigen Nutzen stiften. Wenn aus was für Gründen auch immer die Motivation zur Familienplanung gegeben ist, kann hierdurch der Zugang zu geeigneten Methoden erleichtert werden; dadurch werden möglicherweise unsichere Methoden oder der Abort durch Besseres ersetzt. Ferner können sich günstige Effekte für die gesundheitliche Versorgung von Mutter und Kind ergeben, da die Programme oft im Rahmen der öffentlichen Gesundheitsversorgung stehen. Ferner wird – oft zum ersten Mal – die Frau angesprochen, womit ein Beitrag zu ihrer Mobilisierung und Emanzipation geleistet werden kann.

Diesen – nicht garantierten – Vorteilen stehen gewichtige Nachteile gegenüber. Wird das Bevölkerungswachstum als Ursache von Unterentwicklung und Familienplanung als das geeignete Instrument zur Einschränkung dieses Wachstums angesehen, so steht diese einer sozioökonomischen Entwicklung im Weg. Denn es wird eine Scheinerklärung für Unterentwicklung gegeben und folglich eine Scheinlösung für ihre Behebung angeboten. In dem Maße, in dem diese ernst genommen werden, verschleiern sie die wahren Sachverhalte. Aus deren Analyse könnten allerdings unbequeme Forderungen an die reichen Länder und an herrschende Kreise in unterentwickelten Ländern abgeleitet werden. Daher drängt sich kritischen Beobachtern in allen Erdteilen die Vermutung auf, Familienplanung sei ein billiger und bequemer Weg, mit den Forderungen der armen Länder fertig zu werden. Sofern man in diesen Ländern selbst an Familienplanung als eine Wunderwaffe gegen Unterentwicklung glaubt, vertut man mit ungeeigneten Programmen wertvolle Zeit, statt sofort die Änderungen der gesellschaftlichen Struktur und die Überwindung der außenwirtschaftlichen Abhängigkeit zu betreiben, durch die allein die Unterentwicklung überwunden werden kann. Es

gibt Länder, in denen die Kritik schon deutlich wird; hierzu als ein Beispiel eine Stellungnahme aus Algerien:

„Es gibt keine ‚Bevölkerungs‘-Lösung für Probleme, die in erster Linie wirtschaftliche sind; die Lösung des Problems der Unterentwicklung ist zunächst und vor allem eine wirtschaftliche Lösung; das Problem der Arbeitslosigkeit wird in erster Linie durch Beschaffung von Arbeitsplätzen gelöst, nicht indem man möglicherweise arbeitslose Leute davor bewahrt, geboren zu werden; das Problem des Analphabetismus wird in erster Linie gelöst werden durch den Bau von Schulen und durch eine radikale Reform eines Erziehungssystems, das von der kolonialen Besatzung ererbt wurde, nicht indem man Kinder vor dem Geborenwerden bewahrt; das Problem des Gesundheitssystems und Gesundheitspersonals wird in erster Linie seine Lösung finden in einer gleichmäßigen Ausgabe der Mittel für die Gesundheit und indem man pro Arzt zwei bis drei medizinisch-technische Assistenten ausbildet, eher als durch eine Malthusianische Politik, die eine Flucht vor radikalen strukturellen Reformen ist ...

Es gibt keine rasche Lösung des Problems der Unterentwicklung: welche Maßnahmen auch ergriffen werden, sie können frühestens in einer Generation zu einer Lösung führen. Die Errichtung einer Bevölkerungspolitik – sei es in der Form der Familienplanung oder anders – wird uns nicht befähigen, uns dieser Tatsache zu entziehen.

... Durch Geburtenkontrolle kann man nicht strukturellen Reformen ausweichen: diese aber sind die bei weitem wichtigste Aufgabe. Heute sehen wir, wie Länder in vielen Teilen der Dritten Welt sich eifrig der Familienplanung zuwenden, ohne diejenigen radikaleren Reformen eingeführt zu haben, ohne die sie auf Dauer im Stadium der Unterentwicklung verharren werden.

Indien ist ein typisches Beispiel. Dieses Land, das dauernd unter Nahrungsmangel leidet, hat bisher nicht die Landreform zuwege gebracht, die es ihm ermöglichen würde, an die Wurzel seiner Probleme zu gehen, weil das Parlament beherrscht wird von reichen Landbesitzern, die es offenbar vorziehen, sich auf Familienplanung zu stützen.“⁶

Mit Familienplanung läßt sich Unterentwicklung nicht beseitigen: das läßt sich auf die Dauer nicht verbergen. Es wird ein ungerechtfertigter Gebrauch von ihr gemacht, im Dienste leicht erkennbarer politischer Interessen. Dadurch wird ein Konzept diskreditiert, welches dazu gedacht war, zum Mündigwerden des Menschen, zur eigenen Entscheidung über wichtige Lebensumstände beizutragen. Der größte Nachteil der heute international propagierten Familienplanung wird sein, daß das Konzept der Familienplanung selbst auf der Strecke bleibt.

Anmerkungen

1 Vgl. United Nations, *Multilingual Demographic Dictionary*. New York 1958, S. 38.

2 Diese ist aufgezeichnet in: International Planned Parenthood Federation, *The History of Contraceptives*. London 1967.

3 Einen Überblick über die neuere Diskussion in der BRD gibt *Der Paragraph 218*. Reinbek 1972 (rororosexologie).

4 Zu den bedeutenden Frauen dieser Bewegung gehören Margaret Sanger in den USA, Elise Ottesen-Jensen in Schweden, Margaret Pyke und Helena Wright in Großbritannien, Elisabeth Durand-Wewer in Deutschland.

5 Der entsprechende Passus lautet: „Eltern haben ein grundlegendes Menschenrecht, die Zahl und den Zeitpunkt der Geburt ihrer Kinder frei und verantwortlich zu bestimmen.“ (Art. 16, Satz 2 der Proklamation von Teheran)

6 République Algérienne Démocratique et Populaire, Ministère d'Etat Chargé des Finances et du Plan (Direction Générale du Plan et des Etudes Economiques), *Note de Synthèse sur le Problème de la Planification Démographique*. Algier 1970.

Helgard Ulshoefer

Geburtenregelung und Gesellschaft

Die wissenschaftliche Erforschung der biologischen Reproduktion und ihrer Voraussetzungen und der Entwicklungsstand mechanischer und chemischer Mittel der Empfängnisverhütung sowie auch der medizinischen Technik des Abortus haben die biologische Funktion der Elternschaft, insbesondere der Mutterschaft, prinzipiell steuerbar gemacht. Dennoch ist es bisher weder in den hochindustrialisierten noch in den agrarischen Ländern, weder in Ländern mit demokratischer noch in Ländern mit diktatorischer Staatsform eine Selbstverständlichkeit geworden, daß die Frauen nur die Kinder gebären, die sie sich wünschen und die sie erziehen wollen.

Eine Analyse der Faktoren, die in Europa Geburten- und Familienplanung ermöglichen bzw. behindern, wird Anhaltspunkte für die Einführung geburtenregulierender Maßnahmen in den Ländern der Dritten Welt geben und damit die Möglichkeit der Einschätzung von Familienplanungsprogrammen.¹

1. Geburtenregelung in der Bundesrepublik Deutschland

Weder das Wissen um Sexualität, Zeugung und Geburt noch der Zugang zu geburtenregulierenden Maßnahmen sind in der BRD für jeden in gleichem Maße verfügbar; infolgedessen weist das Reproduktionsverhalten spezifische Muster auf.

Die schichtspezifisch unterschiedlich stattfindende „Aufklärung“ in den Familien hat zu dem Beschluß der Kultusministerkonferenz geführt, daß alle Schüler während der Schulpflichtzeit mit den biologischen Tatbeständen der Reproduktion von Mensch und Tier vertraut gemacht werden sollen. Diese Bemühungen stehen noch in einem Anfangsstadium. Zur Zeit und in den nächsten Jahren muß deshalb davon ausgegangen werden, daß ein sicheres Wissen über Empfängnis und Empfängnisverhütung nicht bei allen Jugendlichen, die geschlechtsreif werden, vorhanden ist.

Ein Indiz dafür ist der Anteil der nichtehelich geborenen und vorehelich gezeugten Kinder. In Berlin – einer Großstadt, deren Bevölkerung mit geburtenregulierenden Maßnahmen stärker vertraut ist als etwa die Bevölkerung einer Kleinstadt im Süden der BRD – wurden von den 1968 geborenen Kindern 9% (Bundesdurchschnitt 1969 war 5%) als nichtehelich, 23% aller ehelich geborenen Kinder als vor der Eheschließung gezeugt registriert.

Eine für die BRD repräsentative Untersuchung hat 1970 den Anteil der ehelich

notwendig die Verstärkung interdisziplinär betriebener bevölkerungswissenschaftlicher Forschung ist. Die institutionellen Voraussetzungen hierfür – darauf wird in dem Beitrag „Bevölkerungswissenschaft“ ausführlich eingegangen – sind zur Zeit in der Bundesrepublik unzureichend. Während in anderen Industriestaaten, aber auch in einer Reihe von Ländern der Dritten Welt, bevölkerungswissenschaftliches Forschen und Lehren ständig an Bedeutung gewinnen, existiert an den Universitäten der BRD und West-Berlins nicht ein einziges bevölkerungswissenschaftliches Institut. Für die staatliche Auftragsforschung steht seit Februar 1973 das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden zur Verfügung. Die Gründung dieses Instituts ist ein erfreulicher erster Schritt zur Behebung jahrelanger Versäumnisse der Wissenschaftspolitik. Jedoch werden die Ausbildung des Nachwuchses, die Verringerung des Forschungsdefizits und die Pflege internationaler Kontakte im Bereich der Bevölkerungswissenschaft nur dann in dem erforderlichen Umfang zu leisten sein, wenn auch an den Hochschulen der Bevölkerungswissenschaft eine höhere Priorität als bisher eingeräumt wird.

Die Herausgeber

Ans: Dynamik der Bevölkerungsentwicklung.
München 1973

Jürgen Heinrichs

Zur Einleitung

1. Bevölkerung – ein Forschungsgegenstand

1.1 *Weshalb man Menschen zählt*

Mit dem Begriff „Bevölkerung“ meint man üblicherweise die Anzahl von Individuen, die in einem Gebiet leben. Bei der Verwendung des Begriffs gibt es keine Obergrenze, wohl aber eine Untergrenze: Man wird beispielsweise eine Familie, die in ihrer Wohnung lebt, nicht deren Bevölkerung nennen. Die Grenze liegt bei Gruppen, deren Größe erst durch einen eigens zu leistenden Zählprozeß festgestellt werden kann. So hat ein Dorf durchaus seine Bevölkerung.

Die Dauer der Anwesenheit bedeutet ein weiteres konstituierendes Moment für die Bevölkerung eines Gebietes. Die Individuen müssen gewöhnlich einen erheblichen Anteil ihrer Lebenszeit dem Gebiet, deren Bevölkerung sie bilden, angehören. Man kann daher auch sagen: Sie bewohnen dieses Gebiet. Die Personen beispielsweise, die sich in einem Theater aufhalten oder in einem Wald spazieren gehen, werden nicht deren Bevölkerung genannt. Die Dauer der Zugehörigkeit zu einer Bevölkerung ist nicht so sehr Resultat willkürlicher Entscheidungen; vielmehr ist sie eng verknüpft mit der Strukturierung einer jeden Bevölkerung. Die Abfolge der Generationen, Alters- und Geschlechter-Verteilung legen ebenso wie die wirtschaftlichen Prozesse und die Art der Teilnahme des einzelnen an ihnen die Bedingungen seiner Zugehörigkeit zu einer Bevölkerung fest. Geburt und Tod, Zu- und Abwanderung bestimmen Konstanz und Veränderung einer Bevölkerung.

Zusammenfassend kann man sagen: die Bevölkerung eines Gebiets ist eine Menge, die aus unterscheidbaren Elementen (Einzelpersonen) besteht, die dem Gebiet nicht nur kurzfristig angehören. Daraus ergibt sich, daß ein Individuum der Bevölkerung mehrerer Gebiete nur dann angehören kann, wenn diese Teilgebiete des jeweils größeren Gebiets sind. So wird eine Person nicht der Bevölkerung zweier Stadtteile angehören, wohl aber derjenigen eines Stadtteils, einer Stadt, eines Landes, eines Kontinents und der Erde.

Eine wesentliche Eigenschaft jeder Bevölkerung ist ihre grundsätzliche Zählbarkeit. Das heißt aber nicht, daß die Zahl der Individuen, die eine Bevölkerung ausmachen, auch ermittelt sein muß. „Zählbar“ und „gezählt“ sind verschiedene Eigenschaften; die letztere muß keineswegs vorliegen. Die Kaninchen, die in einem Park leben, bilden dessen Kaninchenbevölkerung auch dann, wenn niemand sie zählt, weil daran niemand Interesse hat. Die Ermittlung der Anzahl der Individuen

eines Gebiets ist nicht schon eine Konsequenz des Konzepts Bevölkerung; sie erfolgt vielmehr aufgrund eines besonderen, auf diese Bevölkerung gerichteten, Bedürfnisses. Diese einfache Einsicht wird noch ihre Wichtigkeit für die folgenden Darlegungen erweisen.

Man könnte annehmen, es sei für das Zusammenleben einer Gruppe von Menschen oder einer Gesellschaft unbedingt erforderlich, die Anzahl derer, die zusammenleben, zu kennen. Nur so könne man die zu erwartenden Leistungen und Bedürfnisse so abschätzen, daß ihnen entsprechende Entscheidungen die Stabilität der Gruppe oder Gesellschaft gewährleisten. Diese Annahme trifft nicht zu. Die wirtschaftliche Basis des Zusammenlebens kann Selbstversorgung oder Tausch mit entsprechender Arbeitsteilung sein, eine Erhebung der Anzahl der beteiligten Subjekte ist nicht erforderlich, weil die Resultate ihres für das System funktionalen Verhaltens seine Stabilisierung ermöglichen. Außerdem verlaufen Bevölkerungsvorgänge im allgemeinen nicht sprunghaft. Wenn das in Fällen von Seuchen, Kriegen, Wanderungsschüben nicht zutrifft, so werden diese schnellen Veränderungen als solche erfahren und nicht erst durch Abzählen der Bevölkerung nach solchen Ereignissen festgestellt.

Wird eine Bevölkerung oder werden Teile von ihr gezählt, so liegen hierfür meist konkrete Bedürfnisse ihres politischen Systems vor. Solche Bedürfnisse artikulieren sich im Zusammenhang mit Planungen. Daher enthalten Erhebungen von Bevölkerungszahlen zugleich ein prognostisches Moment: Man will abschätzen können, wie sich diese Zahlen in Zukunft entwickeln. Um die Prognose überprüfen zu können, sind Nachfolgerhebungen nötig, die Planzieländerungen zur Folge haben können. Zahlenerhebungen haben die Tendenz, Serien über die Zeit zu bilden.

Man wird also Bevölkerungszahlen nur ermitteln, wenn man ein Interesse hat und ein Ziel verfolgt. Dieses richtet sich auf eben diese Bevölkerung und ihre zukünftige Entwicklung. Jeder, der an der Erhebung von Zahlen und ihrer Erklärung beteiligt ist, wird damit zum Helfer bei der Verfolgung interessegeleiteter Ziele. Wer hilft, die Zahl der für das Militär rekrutierbaren Männer zu ermitteln, erleichtert das Kriegeführen. Dieser Punkt muß betont werden, weil die „Unschuld“ von Zahlen über diesen Zusammenhang leicht hinwegtäuschen kann. Bedürfnisse, Interessen, Ziele sollten in den Normenkodex der Gesellschaft, auf die sie bezogen sind, integriert sein, bevor der instrumental zu verstehende Prozeß einer Zahlenerhebung eingeleitet wird.

1.2 Zu welchen Zwecken solche Zahlen gebraucht werden

Die Einsicht, daß in allen Gesellschaftsformen der Anteil des Staates an der Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft zunimmt, ist weit verbreitet. Ohne hier auf die verschiedenen möglichen Ursachen für diese Entwicklung eingehen zu können, sei auf eine Konsequenz hingewiesen: Wegen der damit verbundenen zunehmenden

den Bedeutung der Planung werden Bevölkerungszahlen immer wichtiger. Allerdings reicht die Ermittlung der bloßen Zahl der Individuen, welche die Bevölkerung eines Gebiets bilden, in der Regel nicht aus: Zusätzlich sind nach vorgegebenen Merkmalen die Größen von Teilbevölkerungen zu bestimmen. Dabei fragt man häufig nach der Struktur einer Bevölkerung, ihrem Altersaufbau und der Verteilung der Geschlechter. Auch kann man die regionale oder wirtschaftssektorale Verteilung bestimmen. Oft sind auch Familienstand, Familienstruktur und Wohnformen von Interesse. Viele Unterscheidungsmerkmale beziehen sich ferner auf Ausbildung und Beschäftigung. Der Bestimmung von Merkmalen für Teilbevölkerungen sind keine Grenzen gesetzt, sofern sie konkret angebar und die Merkmalsträger eindeutig feststellbar sind. So ließe sich auch die Teilbevölkerung der Rothaarigen mit sechs Fingern an der linken Hand ermitteln.

Wenn Bevölkerungszahlen dem Zweck der Planung dienen, diese aber ein Moment von Prognose notwendigerweise enthält, so sind prognosefähige Bestimmungen von Teilbevölkerungen besonders wichtig. Normalerweise läßt sich dabei davon Gebrauch machen, daß Merkmale altersspezifisch sein können. Für den heute 50-jährigen Erwerbstätigen gibt es eine angebbare Wahrscheinlichkeit dafür, daß er sich in 15 Jahren im Rentenstand befindet. Von denjenigen, die heute das Studium der Forstwirtschaft aufnehmen, wird in acht Jahren ein ziemlich genau angebarbarer Teil im Forstdienst tätig sein.

1.3 Wie über Bevölkerung geforscht werden kann

Aus den bisherigen Darlegungen folgt, daß das Bedürfnis, sich mit Bevölkerung zu beschäftigen, nicht wissenschaftsimmanent ist. Bevölkerungswissenschaft, Bevölkerungslehre, Demographie ist ein Produkt einer gesellschaftlichen Entwicklung, die das Bedürfnis nach Prognose und Planung hervorgebracht hat. Bevölkerungswissenschaft verdankt ihr Entstehen besonders deutlich gesellschaftlichen Bedürfnissen, ihre Arbeit ist von Problemen der praktischen Anwendung bestimmt. Dabei stellen sich insbesondere drei Aufgaben:

a) Sie hat das methodische Instrumentarium für eine systematische Beschäftigung mit der Bevölkerung und ihren Problemen zu entwickeln. Dabei geht es zum Teil um die Adaptation etwa von statistischen Verfahren, von Simulationstechniken, von Instrumenten zur Datenerhebung auf den vorgegebenen Gegenstandsbereich. Dazu ist auch eine Klärung im Sinne einer definitiven Abgrenzung und Operationalisierung von Begriffen erforderlich. Selbst Grundbegriffe wie etwa Sterblichkeit oder Wanderung bedürfen solcher Klärung, zumal sich ihr Inhalt mit der Zeit ändert. Beispielsweise macht heute die Einordnung der Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte in Westeuropa Schwierigkeiten bei ihrer begrifflichen Einordnung.

b) Eine weitere Aufgabe ist die Beobachtung der Anwendung von Bevölkerungs-

wissenschaft in der Praxis. Es geht dabei zunächst um die Identifikation von Fehlerquellen. Bei der Benutzung veröffentlichter Daten muß ihr Zustandekommen überprüft werden; denn oft genug beruhen solche Daten auf Schätzungen statt auf Zählungen. Aber selbst bei Zählungen gibt es Fehler. Wenn beispielsweise die amtliche Registrierung von Geburten und Sterbefällen häufig unterbleibt, weichen die amtlichen Zahlen erheblich von den wirklichen ab. Eine weitere Frage ist, ob die betrachtete Grundgesamtheit durch das gewählte Merkmal auch ausreichend annähernd eindeutig bestimmt ist. Will man beispielsweise über berufstätige Frauen eine Aussage machen, so kann es zu sehr verschiedenen Ergebnissen führen, wenn man mitarbeitende Familienangehörige mitzählt oder nicht.

Auch hat die Bevölkerungswissenschaft darüber zu wachen, daß ihre Methoden und Ergebnisse in anderen Disziplinen wie etwa der Ökonomie, der Soziologie, der Demoskopie nicht falsch angewandt werden oder zu unberechtigten Schlüssen verleiten.

c) Mit der unter b) bezeichneten Aufgabe hängt eine weitere zusammen: Entspringt die Beschäftigung mit Bevölkerung Interessen und Bedürfnissen, so ist es Aufgabe der Wissenschaft, diese Interessen und Bedürfnisse öffentlich zu bezeichnen. Es ist festzustellen, ob es sich um allgemeine oder partikulare Interessen handelt; dieses ist zwar oft schwierig und kontrovers, der Versuch aber umso nötiger. Hier kann die vielbeschworene Verantwortung des Wissenschaftlers konkrete Gestalt bekommen.

Bevölkerungswissenschaft scheint auch dazu geeignet, das Dogma von der Wertfreiheit wissenschaftlicher Erkenntnis infrage zu stellen. Der meist auf Naturwissenschaften angewandte Satz, daß der Forscher nicht alles darf, was er kann, hat auch hier seine Berechtigung. Wenn es zum Beispiel darum geht, eine Minderheit oder eine eingeborene Bevölkerung der Anzahl nach zu bestimmen, damit sie sicherer vollständig ausgerottet werden kann, macht sich der Forscher mitschuldig, wenn er sich nicht verweigert. Gewiß, ein krasses Beispiel! Aber ist es zu verantworten, die Zahl und soziale Mobilität von Arbeitskräften in Südeuropa zu ermitteln, damit man bessere Abschätzungen über Größe und Verfügbarkeit einer industriellen Reservearmee erhält? Solche Fragen jedenfalls zu stellen, ist unerläßliche Aufgabe des Bevölkerungswissenschaftlers.

2. Bevölkerung und Politik

2.1 *Bevölkerungsdynamik*

Politisch ist zunächst von Interesse die Größe der Gesamtbevölkerung, sodann ihre Veränderung: ob und wie schnell sie wächst oder abnimmt. Politisch von Interesse meint hier: macht- und militärpolitisch, besonders aber auch wirt-

schaftspolitisch. Daher richtet sich dieses Interesse nicht allein auf die Bevölkerung des eigenen Landes oder Kontinents, sondern im Vergleich auch auf mehr oder weniger benachbarte und konkurrierende Bevölkerungen.

Seit einer Reihe von Jahren richtet sich das Augenmerk vieler Zeitgenossen auf das rasche Wachstum der Weltbevölkerung. Man kann allenthalben lesen, die Zahl der Menschen werde sich in den letzten drei Jahrzehnten dieses Jahrhunderts etwa verdoppeln und 6 bis 7 Milliarden erreichen. Diese Entwicklung gibt häufig zur Prognose von Katastrophen Anlaß: Man sagt voraus und errechnet, daß es nicht möglich ist, auch nur Grundbedürfnisse wie Nahrung, Kleidung, Wohnung, Ausbildung so vieler Menschen zu erfüllen. In letzter Zeit kommt verstärkt die Diskussion um die ökologische Belastbarkeit der natürlichen Umwelt hinzu. Man stellt die Frage, ob die natürlichen Bedingungen so vielen Menschen auf der Erde zu leben erlauben, selbst wenn dieses technisch und wirtschaftlich möglich wäre.

Die Diskussion um das, was häufig „Bevölkerungsexplosion“ genannt wird, ist deutlich durch ein politisches Motiv beeinflusst: die Möglichkeit der Konfrontation von Ländern und Ländergruppen mit unterschiedlich schnellem Bevölkerungswachstum. Bevölkerungen, deren Zahl relativ rascher zunimmt, werden auch im Zeitalter moderner Massenvernichtungswaffen immer noch als eine Bedrohung empfunden. Den schnell zunehmenden Bevölkerungszahlen der unterentwickelten Regionen der Erde werden die langsame Zunahme oder gar Stagnation in industrialisierten Ländern gegenübergestellt.

In diesen Bedrohungsvorstellungen spiegeln sich eher altüberkommene Einschätzungen von der Stärke eines Stammes oder einer Horde als realpolitische Abschätzungen militärischer und wirtschaftlicher Konkurrenzfähigkeit. Denn die technische Entwicklung hat sowohl Produktiv- als auch Zerstörungskräfte bereitgestellt, mit denen die unmittelbaren Auswirkungen menschlichen Handelns potenziert werden können. Außerdem ist eine Gesellschaft mit raschem Bevölkerungswachstum noch zusätzlich durch eine ungünstige Altersstruktur geschwächt, da relativ wenige im Produktionsprozeß stehen, sie aber den Unterhalt und die Ausbildung vieler zu tragen haben.

Die unmittelbare Bedrohung durch schnell wachsende Bevölkerungszahlen scheint also keine starke Grundlage zu haben. Dennoch gibt es einen guten Grund für Besorgnis und schlechtes Gewissen: Hohe Bevölkerungszuwachsraten sind oft genug der sichtbare Ausdruck einer fortschreitenden Unterentwicklung, die von den Ländern her induziert wurde und weiterhin noch wird, die sich heute mehr oder weniger deutlich bedroht fühlen. Daher auch das Bemühen, Bevölkerungswachstum nicht als einen Ausdruck von Unterentwicklung sondern als deren wichtigste Ursache zu interpretieren. Hieran knüpft sich die kurzschlüssige Hoffnung, die mit der Unterentwicklung zu Recht gefürchteten Gefährdungen ließen sich durch direkte, technische Maßnahmen gegen rasches Bevölkerungswachstum vermeiden.

Versucht man, aus dieser Motivlage die heftigen internationalen Bemühungen zu interpretieren, Familienplanungstechniken über die Welt zu verbreiten, so ist es schwierig, sie als rein humanitär zu begreifen. Den Hinweis auf eine politische Absicht gibt auch schon die Tatsache, daß jährlich mehrere hundert Millionen Dollar für diese Aufgaben zur Verfügung stehen. So nimmt es nicht Wunder, daß – besonders in Lateinamerika – von Rechts wie von Links in überspitzender Stilisierung gern von Genozid gesprochen wird, wenn von den ausländischen Versuchen die Rede ist, Familienplanung einzuführen.

Dieser Zusammenhang muß gesehen werden vor dem Hintergrund des teilweise raschen Geburtenrückgangs in den Ländern Europas und Nordamerikas. Das Schreckgespenst einer „sterbenden Nation“ zeigt sich im Hintergrund, wenn die Geburtenraten zeitweise sogar unter die Sterberaten sinken. Auch eine solche Entwicklung wird eher irrational als sachlich beurteilt. Andere industrialisierte Länder, die noch eine nicht unbeträchtliche natürliche Zuwachsrate haben, sehen sich durch die unkontrollierten Auswirkungen eines ungeplanten „technischen Fortschritts“ gezwungen, ihr Bevölkerungswachstum zu begrenzen. „Zero population growth“ (Null-Bevölkerungswachstum) ist ein Schlüsselbegriff in der überall heftig geführten Umwelt-Debatte. Aber es ist zu bezweifeln, ob Unterentwicklung und Umweltzerstörung durch geringeres Bevölkerungswachstum vermieden werden.

2.2 Bevölkerung, Gesellschaft und Sozialpolitik

Menschliche Bevölkerungen haben die Tendenz, Staaten, Nationen und Gesellschaften zu bilden. Dieser Satz ist auch dann verständlich, wenn man auf abgrenzende Definitionen verzichtet. Während man aber leicht bereit ist, Begriffe wie Staat und Gesellschaft, Volk und Nation emphatisch als die Bezeichnung politisch bedeutsamer Einheiten zu verstehen, bleibt der Bevölkerungsbegriff abstrakt und erscheint politisch einigermaßen steril, jedenfalls im Feld der Innenpolitik. Das hat Vor- und Nachteile. Zu den Vorteilen gehört, daß nicht immer schon starke Emotionen geweckt werden, wenn man über Bevölkerungstatbestände handelt. Sie werden als weitgehend ideologiefrei angesehen und sind dem politischen Parteienstreit zunächst einmal entzogen.

Damit verbindet sich der Nachteil, politisch im allgemeinen als uninteressant zu gelten und nur im Einzelfall als ein Versatzstück herangezogen zu werden, wenn sie in ein politisches Konzept passen. Auf diese Weise sind Bevölkerungstatbestände der systematischen Aufmerksamkeit entzogen, was zur Folge hat, daß sie – zumindest in unserem Lande – fast nicht erforscht werden. Während beispielsweise ein wissenschaftlich so obskures Gebiet wie die „DDR-Forschung“ sich einiger Etabliertheit erfreut, findet Bevölkerungswissenschaft in der Bundesrepublik fast nur in zwei privaten Vereinen und mit unzureichenden Mitteln

statt. Es ist bisher nicht gelungen, einen eigenen Lehrstuhl oder ein Forschungsinstitut einzurichten.

Kann man hieraus schließen, die Beschäftigung mit Bevölkerungsproblemen sei für die Bedürfnisse der Gesellschaft nicht sonderlich wichtig? – Dieser Schluß wäre wohl voreilig. Denn neben Forschung im engeren Sinne gibt es eine ausgebaute praktische Verfolgung von Bevölkerungstatbeständen. Bund, Länder und Gemeinden unterhalten ihre Statistischen Ämter. Es werden Volkszählungen, Berufszählungen, Wohnungszählungen, Stichprobenerhebungen durchgeführt; daneben finden Vorbereitungen für Wahlen und Volksbefragungen statt. Meldeämter, Finanzbehörden, Sozialversicherungsanstalten sammeln Daten über die Bevölkerung, oder wenigstens große Teile von ihnen, und sie bereiten diese Angaben auf. Mit der Einführung der elektronischen Datenverarbeitung werden diese Dienste erheblich verbessert. So wurde kürzlich jeder Teilnehmer an der Gesetzlichen Altersversicherung numeriert, und es gibt schon seit längerem Pläne, jeden Staatsbürger mit einer Nummer zu versehen, die für alle Verwaltungsvorgänge gelten und ihn sein ganzes Leben begleiten soll. Zum Zwecke der totalen Verwaltbarkeit wird ein perfektes System der Erfassung des einzelnen angestrebt.

Die staatliche Administration weiß also ihre Bedürfnisse nach statistischem Material selbst zu befriedigen. Die verfügbaren Daten reichen im allgemeinen auch für die private Wirtschaft aus, um Absatzstrategien zu entwickeln und die Rekrutierung von Arbeitskräften zu planen. Es ist demnach zu fragen, an welcher Art von Beschäftigung mit Bevölkerungsphänomenen es denn mangelt.

Notwendig ist ein Instrument zur systematischen Erforschung nach selbst entwickelten Kriterien, welche auch abweichen können von den Kriterien, die durch die kurz- bis mittelfristigen, unmittelbar auf praktische Probleme gerichteten Bedürfnisse von Administration und Wirtschaft bestimmt sind. Eine in diesem Sinne kritische Bevölkerungswissenschaft ist ein eigenes Forschungsgebiet, welches aber nicht in der Form einer abgetrennten wissenschaftlichen Disziplin betrieben werden kann. Es ist vielmehr der Treffpunkt mehrerer Wissenschaften, von denen Statistik und Soziologie, Ökonomie und Geographie unentbehrlich sind. Aber auch Pädagogik, Medizin, Planungswissenschaften und deren Anwendungsgebiete haben wesentlich an diesem Forschungsgebiet Anteil.

Muß Bevölkerungswissenschaft systematisch betrieben werden, so ist sie doch nicht anders als praxisnah denkbar. Sie hat den Bedürfnissen der Gesellschaft zu dienen, ohne sich für die Verfolgung partikularer Interessen einsetzen zu lassen. Somit bekommt auch die wissenschaftliche Beschäftigung mit Bevölkerungsfragen gesellschaftspolitische Bedeutung.

Ein Mittel ist dabei die differenzierte Betrachtung von Zusammenhängen, die im allgemeinen nur durch globale Zahlen erfaßt und bezeichnet werden. Dabei lassen sich nicht nur die Veränderungen in Vergangenheit und Gegenwart bestimmen; es lassen sich auch Entwicklungstrends feststellen und die Konsequenzen alternativer Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigen. Diese Aufgaben lassen sich

schon im Bereich der klassischen Gegenstände jeder Bevölkerungswissenschaft, der Geburten- und Sterberaten, aufzeigen.

Gliedert man die Geburtenzahlen etwas auf, so zeigt sich beispielsweise ein größerer und wachsender Anteil von Neugeborenen, deren Eltern aus dem Ausland zugewanderte Arbeiter sind. Dadurch entstehen neue Anforderungen etwa an den Gesundheitsdienst, an das Bildungssystem, an die Wohnungspolitik. Diese Anforderungen haben ihre regional besonderen Ausprägungen. Wenn ein Stadtteil etwa früher überwiegend von älteren Leuten bewohnt war, heute dort aber viele Gastarbeiter-Familien leben, so kann recht schnell ein Bedarf an Schulen dort entstehen, da die Schülerzahl sich vervielfacht hat. – Die wachsende Zahl von Kindern ausländischer Eltern gibt auch einen Hinweis darauf, daß sich deren Verhalten ändert. Zunächst waren sie für einen kurzen Aufenthalt von ein, zwei oder drei Jahren gekommen; jetzt entschließen sich mehr und mehr, zu bleiben und mit ihren Familien auf längere Zeit oder auf Dauer in der Bundesrepublik zu wohnen. Damit wird diese zum Einwanderungsland, mit allen damit verbundenen Problemen, aber auch mit ernstesten Auswirkungen für die Heimatländer, für deren Altersstruktur und wirtschaftliche Entwicklungsfähigkeit.

Eine Aufgliederung der Geburten nach der sozialen Herkunft zeigt, daß der in die Marginalität gedrängte Teil der Gesellschaft, der heute gern mit der Bezeichnung „sozial Randständige“ belegt wird, an der Reproduktion der Bevölkerung überproportional beteiligt ist. Arme Leute bekommen mehr Kinder, weil sie weniger leicht Zugang finden zu den Methoden, die es erlauben, nur so viele Geburten zu haben, wie sie sich wünschen. Niedriger Bildungsstand, geringe soziale Mobilität, keine Übung in der Planung des eigenen Lebens gehören zu den Gründen für dieses Verhalten. Für die Sozialpolitik ergibt sich die Aufgabe, verstärkt Beratungsmöglichkeiten für Familienplanung bereitzustellen.

Auch die Analyse der Sterbezahlen kann Hinweise auf dringliche gesellschaftspolitische Aufgaben geben. Insbesondere die Todesursachen sind da von Interesse. So verbergen sich hinter den „Zivilisationskrankheiten“ als Todesursachen ernste gesellschaftliche Fehlentwicklungen; und wenn in den letzten Jahren entgegen landläufigen Vorstellungen die Lebenserwartung des männlichen Heranwachsenden sogar gesunken ist, so haben Arbeits- und Verkehrsunfälle daran einen wesentlichen Anteil. Die naheliegende Forderung ist, Unfallverhütung, Arbeits- und Unfallmedizin zu verbessern. Dahinter aber steht die Frage, ob nicht sowohl die Arbeitsbedingungen als auch das Verkehrssystem veränderungsbedürftig sind.

Bevölkerungssachverhalte erklären sich nicht aus sich selbst. Ihre Analyse und die möglichen Prognosen sind nur aus den gesellschaftlichen Verursachungszusammenhängen heraus zu leisten. Handelt es sich also in diesem Sinne um abgeleitete Phänomene, so sind sie doch für die Erfassung komplexer Zusammenhänge und Entwicklungen von großem Nutzen. Ihre systematische Bearbeitung ist für eine rationale Gesellschaftspolitik unentbehrlich.

Rainer Mackensen

Entwicklung und Situation der Erdbevölkerung

1. Überblick

Als „Bevölkerung“ bezeichnete man ursprünglich einen Vorgang: die Ausbreitung der Menschen in einem Gebiet. Die Bevölkerung der Erde in diesem Sinne ist ein tiefgreifendes und für die Entwicklung der Zivilisation entscheidendes Geschehen, vollzog sich aber in sehr großen Zeiträumen. Auch die Zahlen der Bevölkerungen blieben über lange Zeit für unsere Vorstellungen geringfügig: Vor etwa einer Viertelmillion Jahren dürfte es während der zweiten Zwischeneiszeit vielleicht insgesamt 10 000 Menschen gegeben haben. Dabei waren die ersten Menschen bereits in der ersten Eiszeit, vielleicht 300 000 Jahre früher, in Afrika aufgetreten. Die dritte und vierte Eiszeit müssen die Menschen der Altsteinzeit in Europa mindestens stark dezimiert haben; denn danach setzt eine neue Zuwanderung aus Asien ein, von der sich alle späteren Kulturen seit der Jungsteinzeit herleiten. Seit diesen großen Wanderungen um 10 000 v. Chr. hat sich die Entwicklung immer wieder in großen „Völkerwanderungen“ vollzogen. Sie bedeuteten zugleich Perioden starker Zunahmen, so mit Beginn der Bronzezeit im 3. Jahrhundert vor und zwischen 400 und 1100 nach Beginn unserer Zeitrechnung. Trotzdem wird die Gesamtzahl der Erdbevölkerung um das Jahr 0 auf etwa 300 Millionen, um 1750 n. Chr. erst auf ungefähr 700 bis 800 Millionen Menschen geschätzt. Danach hätte das mittlere jährliche Wachstum vor der Zeitwende vielleicht 0.04, hinterher bis zum Beginn der Neuzeit etwa 0.5 auf Tausend betragen. In den darauf folgenden Jahrhunderten sprang es auf 5 (1750–1850) und 7.3 (1850–1950) auf Tausend und betrug in den letzten 20 Jahren 18.4 auf Tausend (1950–1970). Das deutet an, daß seit 200 Jahren mit einem Vorgang ganz neuer Art gerechnet werden muß. Für die Beteiligten waren frühere Entwicklungen sicher nicht weniger gravierend. Auch wenn sich über sehr lange Zeiträume die Zahlen nur wenig veränderten, wurden doch ständig neue Siedlungsgebiete gegen die Natur erschlossen und verteidigt; und Neuerungen wie die Erfindung der Hacke oder die Zähmung des Pferdes veränderten die gesellschaftliche Organisation und den individuellen Lebensstil grundlegend. Dennoch vollzogen sich solche Veränderungen für unser Empfinden langsam; und dieser Ablauf gestattete es, neue soziale Beziehungen und Verhaltensweisen auszubilden, sie zu erproben und sich bewähren zu sehen. Das bedeutete eine Sicherheit für den Menschen, die über weite Strecken das gesellschaftliche Dasein nicht in erster Linie als existenzbestimmende und existenzbedrohende Erscheinung erfahrbar werden ließ. Auch innere und äußere Gefährdungen und Konflikte wurden im allgemeinen nicht als Folgen gesellschaftlicher Spannungen aufgefaßt; vielmehr